

Datenschutzhinweise gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung für Mitarbeiter gem. Art. 12 ff. DS-GVO

Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Unternehmen: **G+E GETEC Holding GmbH**
Anschrift: Albert-Vater-Straße 50, 39108 Magdeburg
Telefon: +49 (0)391.2568-100
Fax: +49 (0)391.2568-120
E-Mail: info@getec.de

Kontaktdaten des externen Datenschutzbeauftragten:

Name: Flemig
Vorname: Holger

Unternehmen: EPRO Consult Dr. Prössel und Partner GmbH
Anschrift: Nikolaistraße 12-14, 04109 Leipzig
E-Mail: getec@epro-consult.de

Diese Datenschutzhinweise gem. Art. 12 ff. DS-GVO beziehen sich auf die generelle Verarbeitung der Mitarbeiterdaten im Beschäftigungsverhältnis (Personalakte, Lohnabrechnung usw.). Daneben existieren weitere Datenschutzhinweise gem. Art. 12 ff. DS-GVO für spezielle Datenverarbeitungen im Beschäftigungsverhältnis wie z.B. bei Corona-Tests oder Englischkurse mit dokumentierten Lernfortschritt in Online-Tools. Diese werden Ihnen vor der entsprechenden Datenverarbeitung gesondert zur Verfügung gestellt.

Gemeinsame Verantwortlichkeit i.S.d. Art. 26 DS-GVO

In Bezug auf Verarbeitungen im Rahmen der konzerninternen Verwaltung und Arbeitsteilung durch zentralisierte Systeme sind wir gemeinsam Verantwortliche mit der GETEC Group¹ und weiteren Konzerngesellschaften. Die seitens der einzelnen Parteien verarbeiteten Daten werden von der G+E GETEC Holding in IT-technischer Hinsicht gespeichert, da die IT-Abteilung unmittelbar Teil der G+E GETEC Holding ist. Bei den Daten handelt es sich neben verschiedenen Daten dritter Unternehmen auch um persönliche Daten von Mitarbeitern der Parteien, um Kontaktdaten von Ansprechpartnern anderer Unternehmen (Kunden, Lieferanten, etc.) oder um persönliche Daten von Kunden der Kunden der Parteien. Die Personalverwaltung der einzelnen Parteien erfolgt durch die G+E GETEC Holding. Das Personal der einzelnen Parteien ist dabei nicht linienweise je Partei, sondern nach Segmenten der G+E GETEC Holding organisiert. Dementsprechend werden die Personaldaten (Personalverwaltung, Lohnbuchhaltung, etc.) durch die G+E GETEC Holding verarbeitet.

¹ Die GETEC Group besteht aus folgenden Unternehmen: G+E GETEC Holding GmbH, GETEC heat & power GmbH, GETEC Wärme & Effizienz GmbH, GETEC Contracting GmbH, GETEC Energy Management GmbH, GETEC Kundenservice GmbH, Bayernwärme GmbH, GETEC Wärme & Effizienz GmbH Nord, GETEC energy efficiency GmbH, G+P energy solutions Verwaltungs-GmbH, GETEC BBE GmbH, LEHNINER Fernwärme und Betriebs GmbH, Alber-Vater-Straße Verwaltung GmbH, GETEC Efficiency GmbH.

Wir haben mit der GETEC Group in einer Vereinbarung über die gemeinsame Verantwortlichkeit nach Artikel 26 DS-GVO (sog. Joint Controllership) festgelegt, wie die jeweiligen Aufgaben und Zuständigkeiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten ausgestaltet sind und wer welche datenschutzrechtlichen Verpflichtungen erfüllt. Wir haben insbesondere festgelegt, wie ein angemessenes Sicherheitsniveau und Ihre Betroffenenrechte sichergestellt werden können, wie wir gemeinsam die datenschutzrechtlichen Informationspflichten erfüllen und wie wir potenzielle Datenschutzvorfälle überwachen können. Dazu gehört auch, dass wir die Erfüllung unserer Melde- und Benachrichtigungspflichten sicherstellen können.

Die GETEC Group steht Ihnen in Bezug auf die Verarbeitungen in gemeinsamer Verantwortlichkeit als zentraler Ansprechpartner zur Verfügung. Sie können Ihre Rechte aber auch gegenüber uns als gemeinsam verantwortlicher Konzerngesellschaft geltend machen. Soweit Sie sich an uns wenden, werden wir uns im Sinne der angesprochenen Vereinbarung nach Artikel 26 DS-GVO mit der GETEC Group abstimmen, um Ihre Anfrage zu beantworten und Ihre Betroffenenrechte zu gewährleisten.

Was sind personenbezogene Daten?

Personenbezogene Daten sind gemäß Art. 4 Nr. 1 DS-GVO alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen.

Daten, die wir benötigen:

Wir erheben von Ihnen Stammdaten, die zur Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sind: **Name, Anschrift, Geburtsdatum, Geschlecht, Bankverbindung, Staatsangehörigkeit.**

Wir erheben und speichern darüber hinaus **Angaben zu Ihrer Beschäftigung** bei uns sowie zu Ihrer **Qualifikation** und Ihrem **bisherigen Werdegang**. Hierzu gehören z. B. Informationen zum höchsten Schulabschluss bzw. zur höchsten Berufsausbildung und die Informationen, die Sie uns im Rahmen des Bewerbungsverfahrens für neue Mitarbeiter überlassen haben. Daten über **aktuelle Nebenbeschäftigungen** sind für uns relevant, um die Vereinbarkeit mit Ihrer Beschäftigung prüfen zu können.

Wir erheben auch **steuer- und sozialversicherungsrechtlich relevante Daten**. Hierzu gehören u.a. Ihre Steueridentifikationsnummer, Steuerklasse, etwaige Kinderfreibeträge, Familienstand und Angaben zur **Konfession (nur sofern steuerrechtlich relevant)**. Diese und weitere gesetzlich in § 39e Einkommenssteuergesetz geregelte Daten erheben wir ggf. auch direkt bei der zuständigen Finanzverwaltung. Wir erheben auch Angaben zu steuerpflichtigen Vorbeschäftigungszeiten im laufenden Kalenderjahr, damit die steuerliche Berechnung entsprechend angepasst werden kann. Wir erheben zudem Informationen zu Ihrer Krankenversicherung und ggf. zu weiteren beschäftigungsrelevanten Zusatzversicherungen um etwaigen Zahlungsverpflichtungen und Meldepflichten nachkommen zu können.

Im Rahmen der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge fragen wir nach Ihrer **Elterneigenschaft**. Wir benötigen diese Information um festzustellen, ob nach § 55 Abs. 3 Sozialgesetzbuch XI ein Beitragszuschlag zur Pflegeversicherung zu entrichten ist. Ggf. bitten wir Sie, die bestehende Elterneigenschaft durch entsprechende Dokumente nachzuweisen. In diesem Fall nehmen wir lediglich einen Vermerk über die Prüfung der Elterneigenschaft in Ihre Personalakte auf und geben die Unterlagen zurück bzw. vernichten diese. Wir fordern Sie nicht auf, uns Führungszeugnisse oder Bonitätsauskünfte vorzulegen oder an Einstellungsuntersuchungen teilzunehmen.

Sofern Sie im Zeitpunkt der Einstellung noch nicht volljährig sind, bitten wir Sie ggf. um die Vorlage einer ärztlichen Erstuntersuchungsbescheinigung. Hierzu sind wir nach § 32 Jugendarbeitsschutzgesetz gesetzlich verpflichtet. In bestimmten Fällen bitten wir Sie um Vorlage einer **Arbeitserlaubnis** bzw. einer **Aufenthaltsgenehmigung**. Dies erfolgt nur, sofern diese für die Prüfung der Rechtmäßigkeit Ihrer Beschäftigung erforderlich ist.

Im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses erheben und verarbeiten wir weitere personenbezogene Daten, unter anderem über Krankheitszeiten, Abwesenheiten (Urlaub, Sonderurlaub, etc.) oder Arbeitszeiten. Ggf. erfassen wir auch Ihre Daten im Rahmen der Zeitwirtschaft und Einsatzplanung. Auch hier gilt der Grundsatz, dass diese Datenerhebungen und -verarbeitungen nur erfolgen, sofern sie zur Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses nach § 26 BDSG erforderlich oder durch andere Rechtsvorschriften legitimiert sind.

Wir führen eine Personalakte, in der wir alle zentralen Informationen, die für das Beschäftigungsverhältnis erforderlich sind, speichern. Wenn Sie die Inhalte Ihrer Personalakte einsehen möchten, wenden Sie sich bitte an die Personalabteilung.

Des Weiteren erfassen wir Ihre Projektarbeitszeit. Weitere Informationen hierzu erhalten Sie in den dazugehörigen Organisations-Informationen, welche Ihnen im Intranet zur Verfügung stehen.

Des Weiteren erfassen wir über ein Zutrittskontroll- und Zeiterfassungssystem Ihr Kommen und Gehen in unserem Unternehmen.

Sofern Sie ein von uns zur Verfügung gestelltes Kraftfahrzeug nutzen, lassen wir uns Ihren Führerschein regelmäßig vorlegen. Außerdem werden Daten zwecks Leasings und Fuhrparkmanagement erfasst. Weitere Informationen hierzu erhalten Sie in den dazugehörigen Organisations-Informationen, welche Ihnen im Intranet zur Verfügung stehen.

Sofern Sie ein von uns zur Verfügung gestelltes dienstliches Smartphone benutzen, werden Daten zwecks der Verbindungen und der Abrechnung erfasst. Weitere Informationen hierzu erhalten Sie in den dazugehörigen Organisations-Informationen, welche Ihnen im Intranet zur Verfügung stehen.

Intern über das Abrechnungssystem P&I LOGA werden dem Mitarbeiter seine Lohn- und Gehaltsabrechnungen digital zur Verfügung gestellt und sind für den Mitarbeiter individuell abrufbar.

Faktencheck:

Wir führen bei Einstellung rollenabhängig ggfs. eine Überprüfung ihrer personenbezogenen Daten durch, um zu gewährleisten, dass potenzielle Mitarbeitende ihren Aufgaben ohne Interessenkonflikte und unter Einhaltung hoher ethischer Standards nachgehen und sich den Grundsätzen des Unternehmens verpflichten.

Die Überprüfung von personenbezogenen Daten umfasst dabei ggfs. Ihre persönlichen Daten (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift) und die Vorlage Ihres Personalausweises im Original oder ein vergleichbares identitätsnachweisendes Dokument, die Vorlage Ihrer Zeugnisse im Original (insbesondere das letzte Abschlusszeugnis der höchsten Ausbildungsstufe) oder eine amtlich beglaubigte Kopie hiervon in Papierform. Zudem wird überprüft, ob Sie bereits bei GETEC beschäftigt waren. Ferner erfolgt ein Abgleich mit öffentlich zugänglichen EU-Sanktions-Listen gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 2580/2001 und 881/2002 sowie den hierzu ergangenen und ergehenden Ergänzungen durch die Europäische Kommission. Nur im Bedarfsfall werden Sie aufgefordert Aufenthaltstitel, Schwerbehindertenausweis oder Führungszeugnis (Zuverlässigkeitsprüfung) im Original vorzulegen.

Der Faktencheck wird durch das jeweils zuständige Personalwesen durchgeführt. Nur ein begrenzter Personenkreis hat intern eine Zugriffsberechtigung auf Ihre Daten. Bei auffälligen Befunden im Rahmen des Faktenchecks werden die Ergebnisse in einem Gremium (Fachbereich, Personalbereich, ggf. Betriebsrat) diskutiert. Das Ergebnis der Beratung wird dokumentiert und in der Personalakte hinterlegt. Eine sonstige Datenspeicherung oder -Verarbeitung findet nicht statt. Die Checkliste zum Faktencheck wird für nicht eingestellte externe Kandidatinnen und Kandidaten nach sechs Monaten, für alle anderen Fälle 5 Jahre nach Austritt gelöscht.

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zum Zwecke der Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses ist erforderlich im Sinne von § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG, da wir ein berechtigtes Interesse daran haben, Personen einzustellen, die integer sind und nach dem geltenden Recht handeln.

Die Bereitstellung der Daten ist für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Freiwillige Angabe:

Wir fragen Sie nach der Einstellung zudem, ob eine Schwerbehinderung vorliegt. Diese Frage erfolgt, um Ihre entsprechenden Rechte nach dem Sozialgesetzbuch IX wahren zu können sowie um eine etwaige Ausgleichsabgabe nach § 160 Sozialgesetzbuch IX zu berechnen. Sie müssen diese Frage erst nach sechs Monaten Beschäftigungszeit beantworten. Vorher ist die Beantwortung freiwillig.

Sofern wir Sie im Rahmen des Einstellungsverfahrens um Fotos bitten, erfolgt dies auf Grundlage einer gesonderten Einwilligungserklärung (§ 22 KunstUrhG), deren Abgabe freiwillig ist und die Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen können.

Wenn Sie eine Beschwerde nach dem Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) einreichen, erheben und verarbeiten wir die von Ihnen erhaltenen Informationen im Rahmen der Aufklärung einer eventuellen Diskriminierung nach dem AGG.

Woher beziehen wir Ihre personenbezogenen Daten?

Die Erhebung Ihrer Daten findet grundsätzlich bei Ihnen selbst statt. Die Verarbeitung der von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten, die sich aus dem mit uns geschlossenen Arbeitsvertrag ergeben, notwendig. Aufgrund Ihrer Mitwirkungspflichten ist es unumgänglich die von uns angeforderten personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen, da wir ansonsten unseren vertraglichen und gesetzlichen Pflichten nicht nachkommen können. Nachteile für Sie, z. B. bei der Lohnzahlung, der Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen, etc., können sonst nicht mehr ausgeschlossen werden.

Im Rahmen vorvertraglicher Maßnahmen (z. B. im Bewerbungsverfahren) ist die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten notwendig. Sollten die angeforderten Daten nicht von Ihnen bereitgestellt werden, kann ein Arbeitsvertrag nicht abgeschlossen werden.

Zur Abwicklung des Arbeitsvertrages kann es erforderlich sein, personenbezogene Daten zu verarbeiten, die wir von anderen Unternehmen oder sonstigen Dritten, z. B. Sozialversicherungskassen o. ä. zulässigweise und zu dem jeweiligen Zweck erhalten haben.

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten werden im Einklang mit den Bestimmungen der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) verarbeitet:

a) Zur Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses (gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO i.V.m. § 26 Abs. 1 Satz 1 BDSG)

Die Zwecke der Datenverarbeitung ergeben sich zum einen aus der Einleitung vorvertraglicher Maßnahmen, die einem vertraglich geregelten Arbeitsverhältnis vorausgehen und zum anderen zur Erfüllung der Pflichten aus dem mit Ihnen geschlossenen Arbeitsvertrag.

b) Zur Aufdeckung von Straftaten (gem. § 26 Abs. 1 Satz 2 BDSG)

Zur Aufdeckung von Straftaten dürfen Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, wenn zu dokumentierende tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass Sie im Beschäftigungsverhältnis eine Straftat begangen haben, die Verarbeitung zur Aufdeckung erforderlich ist und Ihr schutzwürdiges Interesse am Ausschluss der Verarbeitung nicht überwiegt, insbesondere Art und Ausmaß im Hinblick auf den Anlass nicht unverhältnismäßig sind.

**c) Aufgrund einer Einwilligung (gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO i.V.m. § 26 Abs. 2 BDSG)**

Die Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten ergeben sich aus der Erteilung einer Einwilligung. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit von Ihnen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Auch Einwilligungen, die vor der Geltung der DS-GVO (25. Mai 2018) erteilt worden sind, können widerrufen werden. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, bleiben vom Widerruf unberührt. Beispiel: Veröffentlichung Ihres Bildes auf unserer Webseite, § 22 KunstUrhG.

d) Zur Erfüllung von rechtlichen Verpflichtungen (gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten auch, um gesetzliche Verpflichtungen, denen wir unterliegen, einzuhalten. Die Verpflichtungen können sich z.B. aus dem Handels-, dem Steuer-, dem Geldwäsche-, oder dem Finanzrecht ergeben. Auch Maßnahmen im Bereich Gesundheitsmanagement und Eignungsprüfungen können sich aus gesetzlichen Verpflichtungen ergeben. Die Zwecke der Verarbeitung ergeben sich dabei aus der jeweiligen gesetzlichen Verpflichtung; die Verarbeitung dient in der Regel dem Zweck, staatlichen Kontroll- und Auskunftspflichten nachzukommen.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Basis des Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO. Wir verarbeiten insofern diejenigen personenbezogenen Daten, die für die Erfüllung der rechtlichen Verpflichtung erforderlich sind.

Wir anonymisieren oder löschen die Daten nach Wegfall der rechtlichen Verpflichtung und wenn keine anderweitige Rechtsgrundlage mehr eingreift. Falls Letzteres zutrifft, löschen wir die Daten nach Wegfall der anderen Rechtsgrundlage.

e) Zur Wahrung eines berechtigten Interesses (gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Die Erforderlichkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten ergibt sich aus einem das schutzwürdige Interesse des Betroffenen überwiegenden, berechtigten Interesse des Verantwortlichen.

Einige Datenverarbeitungen erfolgen auf Basis von Kollektivvereinbarungen (Konzern-, Gesamt- und Betriebsvereinbarungen sowie tarifvertragliche Regelungen) gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO i.V.m. Art. 88 Abs. 1 DS-GVO i.V.m. § 26 Abs. 4 BDSG.

Wer erhält die von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten?

Interne Empfänger: Innerhalb unseres Unternehmens haben nur diejenigen Personen Zugriff, die dies für die jeweils oben genannten Zwecke benötigen (z.B. Personalabteilung, Geschäftsführung, ggf. Betriebsrat, jeweilige Fachbereiche, Projekt- oder Prozessbeteiligte).

Externe Empfänger: Wir geben Ihre personenbezogenen Daten nur dann an externe Empfänger außerhalb unseres Unternehmens weiter, wenn dies zur Bearbeitung erforderlich ist, eine andere gesetzliche Erlaubnis besteht oder uns hierfür Ihre Einwilligung vorliegt.

Externe Empfänger können sein:

a) Auftragsverarbeiter

Externe Dienstleister, die im Rahmen z.B. der Personalverwaltung eingesetzt werden. Diese Auftragsverarbeiter werden von uns sorgfältig ausgewählt und regelmäßig überprüft, um sicherzugehen, dass Ihre Privatsphäre gewahrt bleibt. Die Dienstleister dürfen die Daten ausschließlich zu den von uns vorgegebenen Zwecken verwenden.

b) Öffentliche Stellen

Behörden und staatliche Institutionen, wie z.B. Staatsanwaltschaften, Gerichte oder Finanzbehörden, an die wir aus gesetzlich zwingenden Gründen personenbezogene Daten übermitteln müssen. Die Übermittlung erfolgt dann auf Basis des Art. 6 Ab. 1 lit. c DS-GVO.

c) Konzerngesellschaften

Konzerngesellschaften, an die Daten zur Durchführung der Personalverwaltung übermittelt werden. Die Übermittlung erfolgt dann auf Basis des Art. 6 Absatz 1 lit. b DS-GVO bzw. auf Basis des § 26 Abs. 1 Satz 1 BDSG.

d) Weitere externe Stellen

Weitere externe Stellen, wie z.B. Ärzte oder Rettungsdienste, an die Daten zum Schutze von lebenswichtigen Interessen von Ihnen oder einer anderen natürlichen Person übermittelt werden. Die Übermittlung erfolgt dann auf Basis des Art. 6 Abs. 1 lit. d DS-GVO.

Werden die von Ihnen überlassenen Daten an Drittländer oder internationale Organisationen übermittelt?

Eine Übermittlung der von Ihnen überlassenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation erfolgt im Rahmen der Aufgabenverwaltung im Jira, welches wir als Online-Lösung in der Cloud bei Atlassian gebucht haben. Außerdem erfolgt eine Übermittlung der von Ihnen überlassenen Daten an ein Drittland im Rahmen des 3rd Level Supports der Online-Lösung für das Bewerbermanagement Umantis/Haufe. Werden Dienstleister im Drittstaat eingesetzt, sind diese zusätzlich zu schriftlichen Weisungen durch die Vereinbarung der EU-Standardvertragsklauseln zur Einhaltung des Datenschutzniveaus in Europa verpflichtet.

Findet automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt?

Zur Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten kommt keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling) gem. Art. 22 DS-GVO zum Einsatz.

Dauer der Verarbeitung (Kriterien der Löschung)

Die Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten erfolgt so lange, wie sie zur Erreichung des arbeitsvertraglich vereinbarten Zweckes notwendig ist, grundsätzlich so lange das Arbeitsverhältnis mit Ihnen besteht. Nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden die von Ihnen überlassenen Daten zur Einhaltung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten gespeichert.

Nach dem Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen werden die von Ihnen überlassenen Daten gelöscht.

Voraussichtliche Fristen der uns treffenden Aufbewahrungspflichten:

- Erfüllung handels-, steuerrechtlicher Aufbewahrungsfristen. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre.

Auskunft über Ihre Rechte

- Recht auf **Auskunft** gem. Art. 15 DS-GVO:
Sie haben das Recht, auf Antrag unentgeltlich Auskunft zu erhalten, ob und welche Daten über Sie gespeichert sind und zu welchem Zweck die Speicherung erfolgt.
- Recht auf **Berichtigung** gem. Art. 16 DS-GVO:
Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — zu verlangen.
- Recht auf **Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)** gem. Art. 17 DS-GVO:
Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass Ihre Daten unverzüglich gelöscht werden. Der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:
 - a) Zwecke, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, entfallen
 - b) Sie widerrufen Ihre Einwilligung der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
 - c) Sie widersprechen der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
 - d) Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
 - e) Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
 - f) Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 erhoben.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** gem. Art. 18 DS-GVO und § 35 BDSG:
Sie haben das Recht die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:
 - a) Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von Ihnen angezweifelt.
 - b) Die Verarbeitung ist unrechtmäßig; Sie lehnen eine Löschung jedoch ab.
 - c) Personenbezogene Daten werden für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt; Sie benötigen die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.



- d) Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt. Solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen Ihnen gegenüber überwiegen, wird die Verarbeitung eingeschränkt.
- Recht auf **Datenübertragbarkeit** gem. Art. 20 DS-GVO:
Sie haben das Recht die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format von dem Verantwortlichen zu erhalten. Eine Weiterleitung an einen andern Verantwortlichen darf von uns nicht behindert werden.
 - **Widerspruchsrecht** gem. Art. 21 DS-GVO:
Hierzu wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen der Verarbeitung (s. o.).
 - **Beschwerderecht** bei der Aufsichtsbehörde gem. Art. 13 Abs. 2 Lit. d, 77 DS-GVO i. V. m § 19 BDSG:
Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen die DS-GVO verstößt, haben Sie das Recht Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzulegen. Hierzu wenden Sie sich bitte an die zuständige Aufsichtsbehörde

Anschriften und Links der Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten in den Bundesländern bzw. der Aufsichtsbehörden für den nicht-öffentlichen Bereich finden Sie unter: https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Anschriften_Links/anschriften_links-node.html

- **Zurückziehen der Einwilligung** gem. Art. 7 Abs. 3 DS-GVO:
Beruht die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO i.V.m. § 26 Abs. 2 BDSG oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO (Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten), sind Sie jederzeit dazu berechtigt die zweckmäßig gebundene **Einwilligung zurückzuziehen**, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.